zur Blog Übersicht

Fossiles Denken & Handeln in Zeiten der Energiewende

19.12.2018 17:29



Angesichts der Erfolglosigkeit zur Reduzierung der bundesdeutschen CO2 Emissionen in den letzten 10 Jahren ist ein radikales Umdenken in der Politik zum "Fördern und Fordern" im vermieteten Wohnraum erforderlich. Die meisten der Altbauten in Berlin wie im übrigen Bundesgebiet sind wahre Energieschleudern. Warum nicht Vermieter und Eigentümer von Mietshäusern Vorgaben zur Energieeinsparung und nahhaltigen Energieerzeugung machen? Vor allem dann, wenn die Mieter wie in den letzten Jahren durch hohe Mietzahlungen ein Anspruch auf moderne, nachhaltige Mietswohnungen haben!

Passend zum Ausbleiben eines verbindlichen Maßnahmenkataloges der Staatengemeinschaft bei der **Klimakonferenz in Kattowitz** zur Reduzierung der Klimagase, möchte ich die (politischen) Versäumnisse der letzten Jahre bei den Maßnahmen zur Reduzierung des Energiebedarfes von bestehenden Gebäuden in Berlin (Deutschland) darlegen. Ich beginne mit einem aktuellen Erfahrungsbericht über meine Tätigkeit als Gebäudeenergieberater in Berlin:

Nach einer Laufzeit von 10 Jahren liefen die **Gebäudeenergieausweise** nach der (Markt-)Einführung 2008 erstmals aus. Damals wurden sie verpflichtend vom Gesetzgeber für Vermieter und Eigentümer von Gebäuden eingeführt, nachdem man vorhatte, die Klimagas-Emissionen bzw. Energieeffizienz in Gebäuden erstmals systematisch zu monitoren.

Dieses Jahr sollte ich im Zuge der Erneuerung ca. 30 Ausweise von vermieteten Mehrfamilienhäusern ausstellen. Die meisten Gebäude waren in Berlin, andere in Leipzig, Halle, Magdeburg, Kiel und Rostock. Fast alle waren Liegenschaften, die um 1900 erbaut wurden. Um es vorwegzunehmen: Die Effizienz bzw. der Energiebedarf der Gebäude war genauso schlecht wie vor 10 Jahren. Diese Erkenntnis passt auch zum Stand der Klimagas-Emissionen in Deutschland. Denn sie sind heute noch genauso hoch wie vor 10 Jahren!

Wie hoch der Energiebedarf in den Wohngebäuden ist möchte ich anhand einer Energiebilanz konkretisieren: Man stelle sich ein typisches Mehrfamilienhaus in Berlin von oben vor: 1.800 qm Wohnfläche, 18 Wohneinheiten, eine alte Gaskesselanlage im Keller. Fassade ungedämmt mit

Doppelkastenfenstern von damals. Jede dieser Wohnungen mit einer Größe von 100 qm verbraucht im Jahr für die Erzeugung von Wärme für Heizung und Warmwasser ca.180 kWh pro qm Wohnfläche (das entspricht 18.000 kWh Erdgas pro Jahr!), was wiederum einem Energie-Äquivalent (Endenergie) von ca. 1.800 Litern Heizöl pro Wohnung und Jahr entspricht. Insgesamt verbraucht das Gebäude also ca. 32.000 Liter Heizöl im Jahr! Diese Energie(in)effizienz stellt in den Energieausweisen den orangeroten Bereich im rechten Abseits der Energieverschwendung dar. Es entspricht in etwa 450 % Mehrverbrauch gegenüber den Gebäuden, die dem heutigen Neubaustandard entsprechen.

Da es in Berlin ca. 80% vermieteten Wohnraum gibt und ein großer Teil Gründerzeitgebäude sind, mieten BerlinerInnen also Wohnraum an, der energetisch und klimaschutztechnisch betrachtet völlig unzeitgemäss ist. Wie ist das möglich frage ich mich?! Die Diskrepanz zwischen dem was heute erforderlich und ohne weiteres technisch möglich ist und dem was energetisch erreicht wird ist haaresträubend!

Problematisch finde ich an erster Stelle aus Sicht der Mieter, dass sie keine direkte Einflussnahme haben auf die Entscheidung, ob Ihr Gebäude im rechten, roten Abseits der Energieverschwendung liegt oder sich im linken, grünen Diesseits der Klimaverantwortung positioniert. Denn es gibt keine gesetzlichen Bestimmungen für eine Obergrenze von Energie(in)effizienz bei bestehenden Gebäuden in Berlin und Deutschland. Das Ordnungsrecht tritt auf der Stelle und ändert sich seit Jahren nicht. Es ist zu vergleichen mit der Situation, bei der auf deutschen Straßen Millionen stinkende Oldtimer herumfahren. Und keiner stört sich daran. Aufgrund dieser nachlässigen Haltung der Politik kommt die energetische Gebäudesanierungsrate keinen Schritt voran. Tatsächlich ist sie in den letzten 10 Jahren von 1,1 % der energetisch sanierten Gebäude pro Jahr auf 0,8 % gesunken. Das klingt wenig beunruhigend, lässt aber den Erfolg der Energiewende im Gebäudesektor mit jedem Jahr in weitere Ferne rücken. Um die Klimaziele für 2030 bzw. 2050 zu erreichen, müsste Deutschland aufgrund der Versäumnisse in etwa 2,4 % des Gebäudebestandes pro Jahr energetisch sanieren, was aus Kapazitätsgründen u.a. des Handwerks kaum mehr möglich ist.

Schritte, wie man einen Handlungsdruck auf Seiten der Eigentümer aufbauen könnte gibt es genug. Warum macht man z.B. aus dem bisher zahnlosen Tiger, der der Energieauswie für Gebäude nach wie vor ist nicht ein zentrales Instrument zur Steuerung und Verbesserung von Energieeffizienz? Denn es wäre so einfach, die Eigentümer dazu zu verpflichten, innerhalb einer gewissen Zeitspanne Maßnahmen zur Energieeinsparung zu ergreifen und diese auf dem Ausweis nachzuweisen. So hätte - wenn gesetzlich vorgeschrieben - der Energiehunger der Gebäude oben von 36.000 Liter Erdöl im Jahr 2008 auf 27.000 Liter in 2018 gesenkt werden können. Aus dem Oldtimer mit 18 l Heizöl pro qm Wohnfläche und Jahr wäre in der Zwischenzeit zumindest mittelmoderner Altbau mit einem mittleren Verbrauch von 13 l geworden. Stattdessen ist durch Untätigkeit nichts passiert.

Das oben vorgeschlagene System zur Energieeinsparung über den Energieausweis wäre absolut fair, da der Energiebedarf immer mit den gleichen Normen berechnet und der Fortschritt so unverzerrt und vergleichbar mit anderen Gebäuden abgebildet werden könnte. Verglichen werden sollten immer Gebäude gleicher Baualtersklasse. Zudem könnte vom Eigentümer bzw. Vermieter vollkommen hersteller- bzw. maßnahmenneutral vorgegangen werden. Ganz gleich ob eine neue Heizungsanlage oder eine Lüftungsanlage eingebaut oder eine Dämmung als Maßnahme durchgeführt wird. Alles würde dazu beitragen, den Energiebedarf auf dem Ausweis zu senken und somit CO2 zum Schutz der Biosphäre einzusparen! Wer über dem Limit liegt, muss Bußgeld in einen Klimafond einzahlen.

Dass man die Mieter an den neuen Möglichkeiten von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien (EEEE) ausschließt ist unfair und spiegelt nicht den Mieterwunsch nach Nachhaltigkeit wieder. Denn 75% der Deutschen wollen nach einer aktuellen **Studie der KfW** einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Bei Eigentümern und Mietern ist die Bereitschaft gleichermaßen hoch. Demnach halten 93 % der Eigentümer und 92 % der Mieter die Energiewende für wichtig. Unfair

daran ist, dass nach Ergebnissen der Studie 33 % der Eigentümer und nur 14 % der Mieter tatsächlich in ihrem Wohnraum auf *grüne* Energie-Wendetechnologien zurückgreifen können. Diese sind am Rande bemerkt nicht nur nachhaltiger, sondern machen das Leben im Altbau auch schimmel- und luftzugfreier. Zudem steigt der Wohnkomfort durch wärmere Außenwände und Fensterflächen. Ein deutlich messbarer Komfortgewinn.

Der jahrelange Stillstand liegt maßgeblich an einer fehlgeleiteten Förderungsstrategie durch den Bund und die Länder. Denn meine Beobachtung auf dem Markt der Wohnungswirtschaft in Berlin zeigt (auch durch das Ergebnis der Energieausweise oben), dass Energieeffizienz und erneuerbare Energien (EEEE) in den letzten 10 Jahren nich an Bedeutung gewonnen haben. Es gibt so gut wie keine ungestützte Nachfrage danach in der Wohnungswirtschaft. Dies ist besonders paradox, da die Mietkosten für urbanen Wohnraum auch in Berlin astronomische Höhen erreicht haben. Geld also, das Eigentümer zu einem Teil für ein ökologisch nachhaltiges Leben Ihrer Mieter einsetzen könnten, wenn sie denn nur durch die Politik motiviert wären etwas zu tun. Da es nicht geschieht, ist das heutige Mietsystem ein kurzsichtiges Geschäft, ähnlich wie das der Autoindustrie rund um die Abgasskandale der letzten Jahre. Denn am Ende werden energieineffiziente Gebäude und Autos den Anschluss verlieren an eine nachhaltige, ressourcenschonende Moderne.

Dabei könnte der Gesetzgeber dadurch handeln, indem er die örtliche Vergleichsmiete an der Kaltmiete inklusive Neben- bzw. Energiekosten orientiert, so wie es bei Gewerbemietverträgen schon lange üblich ist. Bei einer solchen Warmmietbetrachtung ist es für den Vermieter wenigstens interessant Energie einzusparen, da er im Falle einer Unterschreitung der örtlichen Vergleichsmiete die Energieeinsparungen am Ende behalten kann. Auf der anderen Seite der Wohnungstür käme der Mieter dann auch in den Genuss von nachhaltigen Energie-Wendetechnologien.

Beim bisherigen Modell der Kaltmietbetrachtung hat der Vermieter hingegen keinerlei Anreiz für mehr Energieeffizienz. Denn der Mieter bezahlt ja. So oder so. Vor allem wenn die Mieter vor dem Gebäude Schlange stehen, um eine Wohnung - wie ineffizient sie auch immer betrieben wird - zu bekommen. Vermietermarkt nennt man einen solchen Zustand des Wohnungsmarktes. Dieser ist unter den jetzigen Bedingungen auch für den Klimaschutz katastrophal.

Spätestens nach den Demonstrationen rund um den **Hambacher Forst** in diesem Jahr hat man den Eindruck, dass die einzige ernst zu nehmende Bewegung hin zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit von den Bürgern dieses Landes kommt. Dies wird auch durch die Ergebnisse der KfW oben deutlich. Die Wohnungswirtschaft sieht bisher keinen Grund dazu, den Gewinn aus vermietetem Wohnraum in EEEE zu investieren. Das gilt es zu verändern. Die (Wohnungs-)Wirtschaft sollte einen Teil der Mieteinnahmen in ökologisch nachhaltiges Wohnen investieren um daraus langfristig einen Wettbewerbsvorteil zu generieren. Denn die Anforderung an EEEE werden durch die EU in Zukunft erheblich steigen.

Die Politik unterstützt jedoch den Status quo der Energieverschwendung durch das Ausbleiben von Gesetzen, die zum Umbau der Märkte führen könnten. Diese neuen (Mieter-)Märkte sollten die Bürger unbedingt aktiv in Energiewendeaufgaben bzw. -möglichkeiten einbeziehen und gleichzeitig unsere Umwelt nachhaltig schützen. Es scheint mir ein abgekartetes Spiel, dass man seit Jahren eine dezentrale, grüne, bürgernahe Energiewende dem industriellen, shareholderbasierten Denken opfert. Deshalb bleiben Gesetze zum Umbau der Märkte weitestgehend aus.

Erkennbar ist das am besten anhand des Baus der **Nord Stream 2** Pipeline, die langfristig und richtungsweisend unsere Energieversorgung in den nächsten Jahrzehnten sichern soll. Dass es sich dabei um die Lieferung eines fossilen Brennstoffs wie Gas durch die Rohre handelt, scheint ebenso wenig eine Rolle zu spielen wie die autokratische Führung des Landes aus dem das Gas kommt. Russland nimmt seit Jahren eine katastrophale Entwicklung in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte. Gleichzeitig ist es getrieben durch ein beispielloses, macht- bzw. geopolitisches Streben, das auf völkerrechtliche Verträge genauso wenig Wert legt wie auf Verträge zum Schutz

des Klimas. Auf welchem Fundament hier eine sichere und nachhaltige Energieversorgung für kommende Generationen aufgebaut werden soll ist mir rätselhaft.

Gleichzeitig werden von Seiten der Politik für die Energiewende wichtige Dinge angeschoben, um sie dann wenig später wieder durch Kürzungen bei der Förderung zu ersticken. Diese Verunsicherung von Investoren und Bürgern in Bezug auf eine stabile Energiewende hat seit Jahren System wie **Ulrich Jochimsen** sehr gut darlegt. Ganz zu oberst der Liste von Jochimsen steht das **Mieterstromgesetz**. Erst 2017 wurde es von der Bundesregierung in Kraft gesetzt, um die Mieter stärker an einer eigenen Photovoltaikanlage im Gebäude zu beteiligen. Ein ganz wichtiger Schritt unter anderem deshalb, da wir ja seit Jahren wissen, dass ein zentrales Problem der Energiewende die großen Stromtrassen sind, die nicht rechtzeitig fertiggestellt werden um den Strom von Windkraftanlagen in der Nordsee in den Süden zu bringen. Bei einer dezentralen Erzeugung von Strom auf Mietshäusern sind diese Trassen in Deutschland zumindest weniger entscheidend, bzw. bremsen die Entwicklung der Energiewende nicht so stark aus.

Der Unterschied für die Politik liegt darin, dass Windkraftparks industrielle Dimensionen haben wärend PV Anlagen auf den Dächern auf Mietshäusern dezentral und bürgernah sind. Deshalb wurde das Mieterstromgesetz ausgebremst, was sich durch eine **Initiative von Herrn Altmaier** (CDU) zeigte. Durch diese sollte die Förderung für den Mieterstrom signifikant gekürzt werden. Obwohl gerade erst ein zartes Pflänzchen mit einigen wenigen hundert PV-Anlagen in Deutschland aus dem Gesetz erwuchs, wollte Herr Altmaier eine 20 % (!) Kürzung der Förderung erwirken. Am Ende konnte er „nur“ 11 % durchsetzen. Genug, um die Entwicklung von Mieterstrom zu lähmen. Dieses Vorgehen entspringt einem Kalkül, dass man dem alten, fossilen Wirtschaftsdenken Vorschub leistet und gleichzeitig die Entwicklung der Energiewende ausbremst.

Ich möchte meinen Beitrag mit einem Zitat der scharfsinnigen Greta Thunberg aus Schweden beenden. Die 15 jährige Schülerin hat die **Rede vor den Delegierten der Klimakonferenz in Kattowitz** gehalten. In 3 Minuten 30 Sekunden bringt sie das Problem unseres rückwärtsgewandten, wirtschaftlichen Denkens auf dem Punkt:

„You [an die Delegierter der Konferenz gerichtet] are only talking about moving forward with the same bad ideas that got us into this mess. […] Solutions within the system are impossible to find. We should change the system itself. […] Change will come whether you like it or not.“

Ich glaube in der Tat, dass wir heute unser wirtschaftliches und politisches Denken und Handeln grundlegend überarbeiten müssen. Ansonsten hat der Klimaschutz in diesem Land keine Chance.

Ihr

Benjamin Holtz

Kommentare

Kommentar von Sylke Holtz | 31.12.2018

Wieder ein Zeugnis dafür. wie die Politik im Schlepptau der Industrie ist. Inverstoren-Vermieter etc. werden hofiert.

Das wird uns noch einmal "auf die Füße fallen".
Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben....

Kommentar von Gerhard Holtz | 31.12.2018

Vielleicht gelte ich als Vater des Verfassers als befangen;aber egal.
Die Bedrohung unserer Umwelt und damit die Zukunft unserer Kinder und Enkel ist spätestens seit den Veröffentlichungen des "Club of Rome" bekannt.Bereits vor 45 Jahren haben meine Frau und ich ca.30 Hektar Wald gekauft,weil er weitgehend unberührt bleiben sollte.1992 haben wir eine 2KW Photovoltaikanlage auf dem gemieteten Haus gekauft.Bei unserem Auszug bestand der Vermieter auf der Demontage.Es handelte sich um einen Multimillionär aus Würzburg,der von der katholischen Kirche mehrfach geehrt wurde.Eine photothermische Anlage hat er wegen zu hoher Wartungskosten verkommen lassen.
Unsere eigene Photovotaikanlge arbeitet nach 26 Jahren noch heute auf dem eigenen Grundstück.Ich möchte mit dem Gesagten nur veranschaulichen,wie früh man schon die Probleme sehen konnte und von welch unglaublicher Ignoranz,gerade von sehr reichen Mitbürgern,wir umgeben sind.
Frau Kramp-Karrenbauer hat festgestellt,dass dieCDU in der Vergangenheit die Bewahrung der Schöpfung vernachlässigt hat.Mit dieser Erkenntnis wurde dann zu Bewahrung der Schöpfung kurzerhand der Verschmutzungsgrenzwert erhöht.Es fällt schwer an ein wirkliches Umdenken in der Politik zu glauben.
freundlichst
Gerhard Holtz

Kommentar von Johannes W. Erdmann | 03.01.2019

Dieser fachlich fundierte Beitrag zeichnet sich aus durch Klarheit und Deutlichkeit sowie Mut und Entschiedenheit. Seiner Argumentation und insbesondere der aus dem Munde eines fünfzehnjährigen Mädchens vorgetragenen, konsequenten Schlussfolgerung kann ich nur aus vollen Herzen zustimmen: Als Folge der mit dem Anthropozän uns selbst auferlegten Herausforderungen ist in der Tat (!) ein radikaler "Systemwechsel" erforderlich, um der Generation dieses Mädchens und den nachfolgenden ein lebenswertes Lebens auf diesem begrenzten Planeten Erde zu ermöglich. Wir Älteren können und dürfen es uns nicht länger erlauben, die von uns allen zu leistenden Schritte zur gebotenen "Große Transformation" (WBGU 2011) zu verdrängen, herauszuzögern und die Lasten den jüngeren Generationen aufzubürden. Nicht weniger als die Zukunft des menschlichen Lebens und das Überleben der Menschheit auf dieser Erde stehen auf dem Spiel und damit auch unsere Achtung und Würde. Lasst es uns nicht verspielen!

Einen Kommentar schreiben